

Positionspapier Sanktionen gegen russische Energieimporte

Der Ost-Ausschuss unterstützt ausdrücklich die **Position der Bundesregierung**, russische Energielieferungen von Sanktionen auszunehmen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die deutsche Gasversorgung wichtig. Ein kurzfristiger Stopp der Gaseinfuhren aus Russland würde die Wettbewerbs- und Funktionsfähigkeit ganzer Industriezweige gefährden - mit Auswirkungen auf alle nachgelagerten Branchen - und das Risiko eines massiven Konjunkturreinbruchs bergen. Zudem wäre die Wärmeversorgung spätestens ab der nächsten Heizperiode nicht gesichert.

Sanktionen gegen die Einfuhr russischer Energieträger - insbesondere von Gas - stellen eine Herausforderung für die Versorgungssicherheit Deutschlands dar. Der mit einer Sanktionierung verbundene weitere Anstieg der weltweiten Energiepreise könnte zudem die **globale Konjunktur** erheblich beeinträchtigen, mit entsprechenden negativen Rückwirkungen auf die exportabhängige, weltweit verwobene deutsche Wirtschaft.

Gerade jetzt brauchen wir eine **leistungsfähige Wirtschaft**, um die konjunkturellen Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden und die Mittel für die forcierte Energiewende sowie die verbesserte Ausstattung der Bundeswehr zu erwirtschaften. Eine wirtschaftliche Rezession würde die Umsetzung dieser Aufgaben erheblich erschweren und verzögern sowie den sozialen Frieden gefährden.

Mit einem Anteil von ca. 27 Prozent am Primärenergieverbrauch stellt **Erdgas** den zweitwichtigsten Energieträger in Deutschland dar. Aktuell machen die russischen Gasimporte rund die Hälfte des Gasverbrauchs in Deutschland aus. In der Industrie ist Erdgas vor Strom der wichtigste Energieträger. Die Versorgung Deutschlands mit Erdgas für Haushalte und Industrie kann kurzfristig nicht anders sichergestellt werden. Die deutschen Gasspeicher sind derzeit nur zu einem Viertel gefüllt.

Insbesondere sind alternative Beschaffungsrouten für Erdgas kurzfristig nicht leistungsfähig genug, um eine vollständige Versorgung und Speicherbefüllung für den kommenden Winter sicherzustellen. Diskutierte Alternativen (Laufzeitverlängerung AKW, Nutzung Kohlereserven, Steigerung der Gasproduktion in den Niederlanden, Fracking in Deutschland, Ausbau Erneuerbarer Energien u.a.) können den drohenden Gasmangel kurzfristig nicht ausgleichen. LNG-Terminals und -angebot sind in Deutschland und Westeuropa nur unzureichend verfügbar und nicht ausreichend für den kurzfristigen Ersatz von russischem Gas.

Anders ist die Situation bei **Erdöl**. Zwar bezieht Deutschland 33 Prozent seiner Ölimporte aus Russland. Anders als der Gasmarkt ist der Weltmarkt für diesen Energieträger aber grundsätzlich liquide. Zusätzliche Mengen könnten grundsätzlich von anderen Förderländern bereitgestellt werden. Der Export von Erdöl aus Russland ist bereits ohne Sanktionierung durch die EU erheblich beeinträchtigt, nachdem die USA, Kanada und

Großbritannien einen Importstopp verhängt haben und viele Händler und Reeder russisches Erdöl wegen des Embargorisikos nicht mehr kaufen/transportieren.

Im Gegensatz zu Erdgasimporten ließe sich auch der Ersatz von russischen **Steinkohleimporten** vergleichsweise einfach realisieren. Wegen des grundsätzlich liquiden Weltmarkts lässt sich Steinkohle auch in anderen Märkten beschaffen. Braunkohle und Braunkohlekraftwerke sind als Ergänzung national verfügbar. Kohlekraftwerke könnten reaktiviert bzw. deren geplante Abschaltung verschoben werden.

Die deutsche Wirtschaft unterstützt eine **mittel- bis langfristige Substituierung russischer fossiler Energieträger** im Interesse der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes. Dazu gehören der Ausbau der Erneuerbaren Energien ebenso wie eine Diversifizierung der Lieferländer und -wege für fossile Energie, Wasserstoff und andere klimaschonendere Energieträger.

Kontakt

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167 122

c.himmighoffen@oa-ev.de